

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



Nr. 10/2021
22. Oktober 2021

<u>Inhalt:</u>	Seite
Saisonarbeitskräfte: Rumänien wird zum Hochrisikogebiet	1
Saisonarbeitskräfte: Neufassung der Corona-Einreiseverordnung	1
Saisonarbeitskräfte: Info zu neuen Vermittlungsmöglichkeiten	1
ZVG: Präsident Jürgen Mertz wiedergewählt	2
EFSA und ECHA: EU-weite Umfrage zu Glyphosat	2
EU-weites Stakeholder-Event: Umsetzung der Richtlinie 2009/128/EG über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden	3
BMWi: Projekt „Bytes2Heat“ zur Abwärmenutzung von Rechenzentren	4
BLE: Dr. David Jüntgen Leiter des BLE-Referats „Unlautere Handelspraktiken“	4
BMEL: Digitale Themennachmittage „Obst und Gemüse: vielfältig und gesund“	5
Destatis: Baumobsterhebung 2021	5

Saisonarbeitskräfte: Rumänien wird zum Hochrisikogebiet

Am 1. Oktober hat das Robert-Koch-Institut u.a. Rumänien und Litauen zu Hochrisikogebieten erklärt. Die Einstufung ist seit dem 3. Oktober 2021 gültig. Folgendes gilt es bei der Einreise von Saisonarbeitskräften aus Hochrisikogebieten zu beachten:

- Digitale Einreiseanmeldung unter www.einreiseanmeldung.de
- Nachweispflicht (Impf-, Test- oder Genesenennachweis)
- Quarantäne (Beendigung durch Impfnachweis mit in Deutschland anerkanntem Impfstoff oder frühestens nach 5 Tagen durch negativen Coronatest)

Für die Arbeitsquarantäne sind weiterhin obligatorisch: Gruppenbezogene betriebliche Hygienemaßnahmen, Verlassen der Unterkunft nur zur Ausübung der Tätigkeit, Anzeige bei der Behörde und die Dokumentation der Schutzmaßnahmen.

Saisonarbeitskräfte: Neufassung der Corona-Einreiseverordnung

Am 29. September 2021 wurde die Neufassung der Corona-Einreiseverordnung im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Neufassung enthält die Verlängerung der Absonderungspflicht bis einschließlich 10. November 2021 und folgende Regelung für ungeimpfte und nicht genesene Grenzgänger, Grenzpendler und Personen, die sich im Rahmen des Grenzverkehrs weniger als 24h im Ausland oder für 24h in Deutschland aufgehalten haben: Diese müssen ihren Testnachweis zweimal pro Woche erneuern.

Saisonarbeitskräfte: Info zu neuen Vermittlungsmöglichkeiten

Seit dieser Erntesaison können auch georgische Saisonarbeitskräfte in Deutschland tätig werden. Zudem wurde im Juli 2021 von der Bundesagentur für Arbeit eine Vermittlungsab-sprachen mit der Republik Moldau abgeschlossen. Ab der Erntesaison 2022 können somit auch moldauische Staatsangehörige in Deutschland tätig werden. Es laufen weitere Verhandlungen mit der Ukraine.

Unter folgendem Link der Bundesagentur für Arbeit können Sie Informationen zu neuen Vermittlungsmöglichkeiten von Saisonarbeitskräften einholen:

<https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/arbeitskraefte/informationen-arbeitsmarktzulassung>

ZVG: Präsident Jürgen Mertz wiedergewählt

Jürgen Mertz ist in seinem Amt als Präsident des Zentralverbandes Gartenbau e. V. (ZVG) für weitere drei Jahre bestätigt worden. Mertz ist seit September 2012 Präsident des ZVG. Von 1999 bis 2016 war er Präsident des Hessischen Gärtnereiverbandes. Seit der Fusion mit Baden-Württemberg 2016 ist er Vizepräsident im Gartenbauverband Baden-Württemberg-Hessen e. V. und gleichzeitig Landespräsident Hessen.

„Der Gartenbau hat in den vergangenen Jahren große Wertschätzung erfahren und ein beispielloses Leistungsvermögen gezeigt“, betonte Mertz anlässlich seiner Wiederwahl in Berlin. „Gleichzeitig steht die Branche vor großen Herausforderungen, denen ich mich gemeinsam im Vorstand und im Netzwerk mit den Gartenbau-Landesverbänden stellen werde“, unterstrich der ZVG-Präsident.

Eva Kähler-Theuerkauf wurde zur neuen Vorsitzenden des ZVG-Arbeitsausschusses Umweltfragen gewählt. Die ZVG-Vizepräsidentin und Unternehmerin aus Nordrhein-Westfalen folgt auf Andreas Kienast, der sich nicht erneut zur Wahl stellte.

Des Weiteren wurde Helmut Ruskamp als Vorsitzender des Arbeitsausschusses Recht und Steuern bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurde Jakob Hokema als Vorsitzender des Ausschusses Bildungspolitik und Berufsbildung.

EFSA und ECHA: EU-weite Umfrage zu Glyphosat

Bis zum 11. November 2021 kann die EU-weite öffentliche Umfrage zu Glyphosat ausgefüllt werden. Die Konsultation wird von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) im Kontext der Wiedezulassung von Glyphosat durchgeführt. Die Umfrage dient dem Einspeisen von wissenschaftlichen Daten und nicht für die Abgabe von politischen Statements ausgelegt.

Im Mai 2019 wurden die Pflanzenschutzbehörden der Mitgliedsländer Frankreich, den Niederlanden, Schweden und Ungarn von der EU-Kommission beauftragt, den Wirkstoff Glyphosat wissenschaftlich zu bewerten. Anlass diese Auftrags war das reguläre Ende der EU-weiten Zulassung von Glyphosat am 15. Dezember 2022.

Unter folgendem Link kommen Sie zur Befragung auf der Homepage der ECHA:

[https://comments.echa.europa.eu/comments cms/AnnexXVCLH.aspx?RObjctId=0b0236e185e41a77](https://comments.echa.europa.eu/comments/cms/AnnexXVCLH.aspx?RObjctId=0b0236e185e41a77)

Und hier zur gleichen Umfrage auf der Homepage der EFSA:

<https://connect.efsa.europa.eu/RM/s/publicconsultation2/a011v00000E7RMa/pc0088>

Geben Sie uns gerne Feedback bzw. fachlichen Input zu dieser Konsultation,

EU-weites Stakeholder-Event: Umsetzung der Richtlinie 2009/128/EG über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden

Am 05. Oktober 2021 fand das dritte EU-weite Stakeholder-Event im Kontext der Richtlinie 2009/128/EG über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden in virtueller Form statt.

Die EU-Kommission hat sich im Kontext der „Better regulation – guideline and toolbox“ für eine Evaluierung der Richtlinie 2009/128/EG ausgesprochen. Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Pflanzenschutz-Rahmenrichtlinie) verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU, nationale Aktionspläne einzuführen und dabei quantitative Zielvorgaben, Maßnahmen und Zeitpläne zur Verringerung der Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt festzulegen (Artikel 4 der Pflanzenschutz-Rahmenrichtlinie). Ihren NAP mussten die Mitgliedsstaaten der EU bis Ende 2012 an die Europäische Kommission und die anderen Mitgliedsstaaten der EU übermitteln. Grundlage für die Pflanzenschutz-Rahmenrichtlinie ist das 6. Umweltaktionsprogramm der EU von 2002 bis 2012.

Die Richtlinie 2009/128/EG (Pflanzenschutzrahmenrichtlinie) finden Sie hier:

<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:309:0071:0086:de:PDF>

Unter anderem referierten die Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (DG Sante), die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DG Agri), COPA-COGECA und Beelife.

COPA-COGECA informierte über die mit Ramboll und Arcadia durchgeführte Studie über die Evaluation der Richtlinie 2009/128/EG und mögliche Revisionen. Das Hauptinteresse der europäischen Landwirte und Landwirtinnen liege in der Produktion von sicheren und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, welche zu moderaten Preisen angeboten werden können. Dabei stehe man komplexen Herausforderungen gegenüber, wie einer sich stetig verändernden Umwelt. Langfristige Ziele einer Novelle der Richtlinie 2009/128/EG könnten laut

COPA-COGECA eine verbesserte Datenauswertung, Forschung und der Einsatz moderner Technologien wie precision farming sein. Der alleinige Einsatz von alternativen Pflanzenschutzmitteln sei nicht genug.

Die Vorträge und die Agenda des dritten Stakeholder-Events finden Sie hier:

https://ec.europa.eu/info/events/sustainable-use-pesticides-third-remote-stakeholder-event-2021-oct-05_en

BMWi: Projekt „Bytes2Heat“ zur Abwärmenutzung von Rechenzentren

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sucht im Kontext eines Projektes zur Abwärmenutzung von Rechenzentren Wärmeabnehmer. Weitere Projektteilnehmer sind die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF), das Institut für Energie-wirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Universität Stuttgart und die Innovative WärmeNetze GmbH (IWN). Ziel ist es, Partner zur Abwärmenutzung, insbesondere Betreiber von Rechenzentren als auch Unternehmen mit Raum- und Prozesswärmebedarf und Energieversorger miteinander zu vernetzen.

Weitere Informationen rund um die Projektteilnahme bzw. Ansprechpartner bezüglich der Abwärmenutzung können diesem Flyer entnommen werden:

https://www.ier.uni-stuttgart.de/dokumente/Bytes2Heat_Waermeabnehmer_Flyer.pdf

BLE: Dr. David Jüntgen Leiter des BLE-Referats „Unlautere Handelspraktiken“

Dr. David Jüntgen, welcher zuvor 10 Jahre beim Bundeskartellamt tätig war, leitet ab sofort das neue BLE-Referat „Unlautere Handelspraktiken“. Die BLE unterhält seit der Veröffentlichung des im Juni 2021 in Kraft getretenen Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetz die zuständige Beschwerdestelle zur Meldung von unlauteren Handelspraktiken.

Wer als Lieferant von unlauteren Handelspraktiken betroffen ist oder wer von solchen Vorfällen weiß, kann sich bereits aktuell über ein Online- Beschwerdeformular, per E-Mail oder telefonisch an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung wenden. Dabei werde großen Wert auf die Anonymität der Beschwerdeführer gelegt, um auch die sogenannte Ross- und Reiter- Problematik zu vermeiden. Auf diesem Weg soll sichergestellt werden, dass Betroffene nicht befürchten müssen, durch die Beschwerde ihre Lieferbeziehung zu gefährden. Im Gesetz ist die BLE verpflichtet, die Identität der Betroffenen sowie alle sonsti-

gen geheimhaltungsbedürftigen Informationen vor Offenlegung zu schützen. Die Betroffenen müssen dafür erklären, welche Informationen vertraulich behandelt werden sollen. In Fällen, in denen die BLE die Untersuchung der Beschwerde nicht abschließen könnte, ohne vertrauliche Informationen offenzulegen, kann der Beschwerdeführer entscheiden, ob er einer Offenlegung zustimmt und das Verfahren fortgeführt werden kann oder ob es eingestellt wird.

BMEL: Digitale Themennachmittage „Obst und Gemüse: vielfältig und gesund“

Im Kontext des Internationalen Jahrs Obst und Gemüse veranstaltet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 26. bis 28. Oktober 2021 drei digitale Themennachmittage von jeweils 17:00 bis 18:00 Uhr mit dem Titel "Obst und Gemüse: vielfältig und gesund".

Die Nachmittage sind folgendermaßen gegliedert:

- Tag 1: "Obst und Gemüse – Helden der Nachhaltigkeit"
- Tag 2: Essen mit Effekt - An apple a day keeps the doctor away?!"
- Tag 3: So geht Zukunft – technische Ideen, die begeistern."

Unter folgendem Link können Sie Informationen einholen.

<https://www.bmel.de/SharedDocs/Termine/DE/2021-10-26-28-thementage-obst-gemuese.html>

Destatis: Baumobsterhebung 2021

Das Statistische Bundesamt hat am 22. September 2021 über Veröffentlichung der Schätzungen zum Baumobst informiert. Stichtag für die Datenerhebung war der 20. August 2021.

Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2021 insgesamt 38.400 Tonnen Kirschen geerntet, was einer Verringerung von 23,2% gegenüber dem Vorjahr und einer Abnahme von 19,9% gegenüber dem Durchschnittswert der letzten 10 Jahre entspricht.

Gründe hierfür sind unter anderem Spätfröste, Starkregen und Unwetter: „Grundsätzlich verursachten Spätfröste sowie ungünstige Witterungsbedingungen vielerorts Ernteeinbußen vor allem bei Süßkirschen. Sie reagieren unter anderem wegen des früheren Vegetationsbeginns besonders empfindlich auf Wettereinflüsse während der Blüte- und Reifezeit, platzen dann auf oder faulen. Im Gegensatz zu Sauerkirschen, die vielfach zu Saft, Konserven,

Frostware und weiteren Produkten verarbeitet werden, sind witterungsbedingte Qualitätseinbußen bei Süßkirschen aufgrund der überwiegenden Direktvermarktung sehr schädlich. Ernteschätzungen für Süßkirschen unterliegen daher größeren witterungsbedingten Unsicherheiten als für Sauerkirschen.“

Die diesjährige Birnenernte wird vom Statistischen Bundesamt auf durchschnittliche 38.700 Tonnen geschätzt, die Apfelernte auf rund 979.400 Tonnen.

Sie können die Fachserie 3 Reihe 3.2.1 – 07/2021 [hier](#) downloaden.